

Änderungsantrag

der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Enrico Komning und der Fraktion der AfD

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 19/1700, 19/1701, 19/2406, 19/2424, 19/2425, 19/2426 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018
(Haushaltsgesetz 2018)**

hier: Einzelplan 06

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die durch Annahme der Ausschussdrucksache 1309 vom 26.06.2018 im Haushaltsausschuss mehrheitlich beschlossenen Mehraufwendungen für Titel 0601 (Tgr. 01) 685 12-144, in Höhe von 16000 T€ werden ersatzlos gestrichen.
2. Die Ausgaben für Titel 0601 (Tgr. 01) 685 12-144 „Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit“ der Politischen Stiftungen werden gegenüber dem im Entwurf des Bundeshaushaltsplans 2018 avisierten Stand in Höhe von 115959 T€ um 30000 T€ auf 85959 T€ reduziert.

Berlin, den 2. Juli 2018

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Der in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses am 25. und 26.06.2018 angenommene Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD ist hinsichtlich seines Inhalts und des Zeitpunkts seiner Einbringung in den Ausschuss intransparent.

Die zur Erhöhung des Titels 687 27-0290601 (Tgr. 01) 685 12-144 gegebene Bemerkung, dass die Mittelerhöhung der Stärkung der Politischen Stiftungen diene, um den zunehmenden Herausforderungen an die politische Aufklärung in der Gesellschaft gerecht zu werden, ist aus Sicht der Fraktion der AfD im hohen Maße kritikwürdig. Es bestehen hinsichtlich der Zweckdienlichkeit der Mehraufwendungen erhebliche Zweifel; eine tendenziöse Verwendung der Mittel kann angesichts der nur summarischen Bemerkungen nicht ausgeschlossen werden. In Übereinstimmung mit dem am 04.06.2018 vom Arbeitskreis Haushalt der Fraktion der AfD in den Haushaltsausschuss eingebrachten Änderungsantrag ist die Fraktion der Ansicht, dass bei besagtem Titel kurzfristig ein erhebliches Einsparpotenzial besteht und mittelfristig eine vollständige Streichung des Titels anzustreben ist.

Grundsätzlich fordert die Fraktion der AfD, gesetzliche Rahmenbedingungen für die Arbeit und Finanzierung der Politischen Stiftungen zu schaffen. Damit wäre aus Sicht der Fraktion der AfD ein wesentlicher Beitrag zu einer Reorganisation der Arbeit der Politischen Stiftungen sowie zur Haushaltstransparenz geleistet.